

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.
Anzeigen: Die 4 gepaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 25 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingeladeneile od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: H. A. Kunkisch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunkisch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 24.

Dienstag, den 26. Februar 1929.

64. Jahrg.

Volkstrauertag.

Die Gedenkfeier im Reichstag.

Der Ausschuss für die Festsetzung eines Volkstrauertages veranstaltete am Sonntag Reminiszenzen zum Gedächtnis der im Weltkrieg Gefallenen eine Reihe von Feiern, die bei starker Beteiligung der Bevölkerung einen eindrucksvollen Verlauf nahmen.

Die offizielle Gedenkfeier des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge fand mittags 12 Uhr im Sitzungssaal des Reichstages statt. Der Saal war stimmungsvoll geschmückt, an den Wänden schwarze Behänge und silberne Vorbeerkränze, hinter der Rednertribüne drei riesige silberne Kreuze auf schwarzem Grund und zu beiden Seiten gewaltige Pylonen, aus denen Flammen emporloderten. Im Hintergrund des Saales hatten Vertreter der Groß-Berliner Studentenschaft mit ihren Fahnen Aufstellung genommen. Hinter dem Rednerpult waren die Feldzeichen der alten Berliner Regimenter aufgestellt. Punkt 12 Uhr betrat Reichspräsident v. Hindenburg in Begleitung seines Adjutanten, des Oberstleutnants v. Hindenburg, des Reichsministers des Innern Severing, des Vizepräsidenten des Reichstages v. Kardorff, des Reichswehrministers Gröner, des stellvertretenden Chefs der Heeresleitung v. Tschischwitz, des Chefs der Marineleitung und des Staatssekretärs v. Schubert den Saal. Die Feier wurde mit Beethovens Trauermarsch eröffnet.

Der Präsident des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, Reichsminister a. D. Dr. Gehler, wies in einer eindrucksvollen Rede auf die Bedeutung des Tages hin und unterstrich im besonderen die überparteiliche Arbeit, die der Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge leistet. Dieser Arbeit, so führte der Redner aus, gilt der heutige Tag der Erinnerungen, den mit uns nicht nur Hunderttausende im Inland, sondern auch im Ausland begeben. In allen Weltteilen und Meeren glänzen die Sonnenwälder auf die Gräber deutscher Krieger, im Tode vereint mit den Soldaten fremder Nationen, die wie sie für ihr Vaterland gekämpft haben und heute neben ihnen ruhen. Die Instandhaltung dieser Gräber ist eine täglich schwieriger werdende Aufgabe, der der Deutsche Volksbund mit einem Stabe geschulter und eifriger Mitarbeiter gerecht zu werden sucht. Millionen, die in der Heimat trauern, wird durch die Verbindung, die mit jedem einzelnen deutschen Grabe hergestellt wird, Trost geschaffen. Aber es geht nicht nur um diese äußeren Dinge, sondern auch um den Trost der Millionen, die in der Heimat an ihren Toten hängen und um sie trauern. Wir wollen aus der Pflege des Gedächtnisses unserer Toten auch sittliche Werte lebendig erhalten: den Geist der Treue, den Geist der Hingebung, den Geist des Opfers, ohne die auf die Dauer keine große Sache gedeihen kann. Und eine große und heilige Sache ist die Erhebung des deutschen Volkes zur Freiheit und Gleichberechtigung im Kreise der Völker.

Nach einigen Musikvorträgen fand die Feier mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes ihren Abschluß. Der Reichspräsident begab sich sodann mit den Herren seiner Begleitung durch den Hauptausgang nach dem Platz der Republik, wo er von der Menge mit begeisterten Zurufen empfangen wurde. Nach der Abnahme der Parade des Wachregiments begab sich der Reichspräsident in sein Palais zurück.

Im Herrenhaus hatte zu gleicher Zeit die Reichsvereinerung ehemaliger Kriegsgefangener eine Feier veranstaltet, während im Großen Schauspielhaus vom Hauptkriegerverband, im Berliner Konzerthaus Clou von den Vereinigten vaterländischen Verbänden, in der Hochschule für Musik vom Roten Kreuz, im Lehrervereinshaus vom Caritasverband, im Zirkus Busch vom Stahlhelm und im Landtagsgebäude von der Bismarckjugend Gedenkfeiern für die Gefallenen abgehalten wurden. Auch auf den Friedhöfen fanden Gedächtnisfeiern für die Toten aus dem Weltkrieg statt.

Die Krisis in der Regierungsbildung.

Die Regierungsbildung in Preußen gescheitert.

Die Anstrengungen der letzten Tage, zur endlichen Behebung der schleichenden Krisis zunächst die Konsoli-

dierung der Preußenregierung vorzunehmen, müssen vorläufig als erledigt angesehen werden. Die Deutsche Volkspartei hatte sich ablehnend gegenüber dem Vorschlag des preußischen Ministerpräsidenten Braun verhalten, die Partei möge sich mit einem Fachminister im Preußenkabinett begnügen und ihren Vertreter im Reichsministerium, Dr. Curtius, gleichzeitig zum Träger eines Portefeuilles ohne Ressort in Preußen machen, so daß er gleichsam den Verbindungsmann zwischen dem Reich und Preußen darstelle. Von volksparteilicher Seite war dabei ange- deutet worden, das Zentrum solle diese Verbindungsrolle übernehmen, also einen der von ihm verlangten drei Reichsminister mit dem ressortfreien Preußenamt betrauen lassen. Dabei würde es seinen Posten in Preußen abgeben können, so daß die zwei umstrittenen Ministerposten in Preußen an die Volkspartei fallen könnten. Doch diese umgebogene Konstellation fand keine Gegenliebe beim Zentrum. Sie wurde ebenfalls abgelehnt.

Ministerpräsident Braun hat sodann der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Mitteilung gemacht, daß nach Ablehnung des gemachten Vorschlages seine Mission erledigt sei. Damit dürften die Verhandlungen über die Große Koalition in Preußen endgültig gescheitert sein.

Die Deutsche Volkspartei zur Lage.

Am Freitag hielt der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der Regierungsumbildung beschäftigte. In dem parteiamtlichen Bericht über diese Sitzung heißt es:

„Der Parteivorstand trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen, in der die durch das Ausscheiden der Zentrumspartei aus der Reichsregierung und das vorläufige Scheitern der Verhandlungen in Preußen geschaffene politische Lage beraten wurde. Der Parteivorstand nahm mit Bewußtsein davon Kenntnis, daß die Verhandlungen wegen des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Angesichts der Entscheidungen, vor die die Reichspolitik nicht nur in bezug auf die innere Lage, sondern namentlich auch wegen der zu erwartenden großen außenpolitischen Fragen gestellt ist, war der Parteivorstand der Auffassung, daß eine Vertagung einer großen Mehrheit des Reichstages über die zu ergreifenden finanziellen Maßnahmen und die Herbeiführung einer Einheitsfront gegenüber etwaigen unmöglichen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes gefunden werden müsse. Keine Zeit sei weniger geeignet zur Herbeiführung von Krisen, Scheu vor der Übernahme von Verantwortung und Austragen von Parteikämpfen. Angesichts der gegenwärtigen ernsten Lage beschloß der Parteivorstand, den Zentralvorstand auf Dienstag, den 26. Februar, nach Berlin einzuberufen.“

Die National-liberale Korrespondenz schreibt zu der Tagung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei folgendes: „Der Parlamentarismus macht eine schwere Krise durch. Die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich der Regierungsbildung im Reich und in Preußen entgegenstellen, sind nur Symptome dieser Krise, und darum wäre es falsch, sich lediglich mit ihnen zu befassen. Wir nehmen deshalb an, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei am Dienstag tiefere schürfen und sich die Frage vorlegen wird, ob der deutsche Parlamentarismus gerettet werden kann und wie. Daß der Weg einer möglichen Rettung nicht mit den Methoden zu finden ist, die jetzt im Parlament üblich geworden ist, steht aber im voraus fest. Die Scheu, Verantwortung zu tragen, der grobe Unfug, unerfüllbare Anträge zu stellen, die lediglich agitatorischen Bedürfnissen dienen sollen, und auch das Festhalten an parteipolitischen Machtpositionen, gleichgültig, welche Konsequenzen daraus entstehen, sind nur Mittel, den Parlamentarismus vor die Hunde gehen zu lassen.“

Schluß der Reichsbahndebatte im Reichstag.

Im Reichstag hat man am Freitag die Debatte über die Betriebssicherheit der Reichsbahn fortgesetzt. Ursprünglich sollte die Interpellation wegen der Groener-Denkchrift behandelt werden. Diese Interpellation ist aber auf Dienstag verschoben. Mitte nächster Woche hofft man, allmählich mit den Etatberatungen beginnen zu können.

Vor 1928, so erklärte der Abg. Roth von der

Wirtschaftspartei, habe die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft in ihrem Geschäftsbericht betont, daß die laufenden Ausgaben für Unterhalt und Erneuerung keineswegs so herabgedrückt werden dürften, daß der Betrieb nicht mehr sicher geführt werden könnte. Damit habe man schon die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß man an der Grenze der Abdröselung aller betriebstechnischen Ausgaben angelangt sei. Die Abdröselung der Aufträge der Reichsbahn habe Zusammenbrüche in den Industriezweigen in erschreckendem Maße verursacht. Der Zeitpunkt scheint gekommen, an dem die Reichsbahngesellschaft erklären müsse, daß sie nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die einzige Möglichkeit der Besserung liege in einer tragbaren Regelung der Eisenbahnbelastung bei den Verhandlungen in Paris. Erfolge sie nicht, so sei die Zeit einer Wirtschaftskatastrophe, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe, in Deutschland nicht mehr fern.

Der Demokrat Dr. Fischel bedauerte, daß die Mittel der Reichsbahn nicht ausreichen, um Oberbau, Schienen und Wagenmaterial in angemessener Weise zu erneuern. Die Reparationslasten dürften für die Betriebssicherheit kein Hindernis sein.

Der Nationalsozialist Göring maß die Schuld an den meisten Unglücksfällen dem übermäßigen Personalabbau zu, der wiederum eine Folge des Dawespaktes sei.

Dann nahm noch einmal der Reichsverkehrsminister Dr. Schädel das Wort. Er betonte, daß die Tarifierhöhung die Erwartungen nicht erfüllt habe. Im Güterverkehr seien im Oktober und November zwar noch Mehreinnahmen erzielt worden, im Dezember habe sich jedoch ein Ausfall von 17,5 Millionen Reichsmark ergeben. Im November habe der Personenverkehr eine Mindereinnahme von 2,6 Millionen gebracht. Ingesamt schloß das letzte Vierteljahr 1928 mit einer Mindereinnahme von 16,3 Millionen Mark gegen das Vorjahr ab.

Der Abg. Hartmann (Dr.) bedauerte, daß die Reichsbahn nicht immer den Opfern der Unfälle in wünschenswertem Umfange entgegenkomme. Nachdem dann noch der Abg. Dorsch (Christl. Nat. Bauernp.) erklärt hatte, Deutschland habe weit über den Versailles Vertrag hinaus Tribute geleistet, so daß man weitere Leistungen von ihm nicht verlangen könne, wurden die Entschuldigungen des Verkehrsausschusses in den meisten Teilen einstimmig, zum Teil gegen die Kommunisten angenommen. Die Reichsregierung wird danach erucht, darauf hinzuwirken, daß die Reichsbahn aus der unmittelbaren Haftung für die Reparationen entlassen wird.

Das Haus vertagte sich auf Dienstag.

Das französisch-belgische Kriegs-Geheimabkommen.

Amsterdam, 24. Februar. Der Nieuwe Rotterdamse Courant veröffentlicht den Wortlaut des geheimen belgisch-französischen Militärabkommens und die diesbezügliche Auslegung der Generalstäbe der beiden Länder vom Sommer 1927.

1) Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Belgien seine gesamte Macht zur Verfügung Frankreichs stellen. Im Falle eines Krieges zwischen Belgien und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Belgien seine gesamte Macht zur Verfügung stellen.

2) Dieses Abkommen bezieht sich nicht nur auf die Rheingrenze, sondern auf jeden Angriff auf einer anderen Grenze.

3) Frankreich und Belgien mobilisieren ohne Vorbesprechungen, sobald ein von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützter Staat mobilisiert, sobald der Casus foederis (Bündnisfall) vorliegt.

4) Belgien verpflichtet sich, eine Mindestzahl von 600000 Mann halb aktiver, halb Reservetruppen, zu mobilisieren. Frankreich verpflichtet sich, Belgien auf belgischem Boden mit mindestens 1,2 Millionen Mann halb aktiver, halb Reservetruppen, zu Hilfe zu kommen.

5) Die Truppen beider Länder werden gleichzeitig einen raschen und kräftigen Angriff in der Weise be-